



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Gesamtpaket „Bezahlbarer Wohnraum“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Landesebene umgehend alle zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um den Wohnraumbestand zeitnah zu erhöhen und den Kauf- und Mietpreisanstieg zu stoppen sowie sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Wohnungsnot in Deutschland endlich effektiv bekämpft wird.

Insbesondere sind folgende Maßnahmen zu forcieren:

- Erhöhung der Landesmittel zur Wohnraumförderung auf mindestens 250 Mio. Euro im Regierungsentwurf zum Nachtragshaushalt 2018, um zusammen mit Bundes- und BayernLabo-Mitteln insgesamt 600 Mio. Euro für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung zu stellen;
- Einführung eines Baukindergelds in Höhe von 2.000 Euro für die Dauer von 10 Jahren;
- Wiedereinführung der degressiven Gebäudeabschreibung;
- steuerliche Anreize für Grundbesitzer, die Bauland zur Verfügung stellen;
- Verstärkung der Maßnahmen zur Aktivierung bezahlbaren Baulands und zur stärkeren Nutzung verfügbarer Flächen und Gebäude im Innenbereich;
- keine weiteren Verschärfungen des Mietrechts, da diese meist preistreibend wirken;
- konkrete Unterstützung der Kommunen beim Straffen und Beschleunigen von Genehmigungsverfahren;
- Verschärfungsstop bei Normierungen und Energieauflagen.

Begründung:

Wohnungsmangel sowie massive Preissteigerungen bei Immobilienkauf- und Mietpreisen stellen ein immer größer werdendes sozial- und wirtschaftspolitisches Problem in Bayern dar. Dies gilt vor allem für die Ballungsräume aber auch für ländliche Regionen. Um diesen Problemen zu begegnen, ist ein Bündel an Maßnahmen notwendig. Der Sozialwohnbau muss gefördert, der private (Miet-)Wohnungsbau gestärkt, Bauland generiert und das Bauen erschwinglich gehalten werden. Darüber hinaus ist das Baurecht zu verschlanken und es sind Anreize und Hilfen für Familien zu gewähren, die sich eigenen Wohnraum bauen oder kaufen.